

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckschrift: Redaktion Dresden.
Gesamtpreis - Sammelnummer 25 241.
Preis für Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Ausgabe, durch die Post bei täglich zweimaligem Verband monatlich 6,50 M., vierfachjährlich 10,50 M.
Die Nummern 37 von drei Seiten 2 M. Auf Sammelnachlagen, Anzeigen unter
Sieben- u. Wochennachrichten, Vierfache M- u. Verhältnisse 25 M. Sonnabende ohne
Zeil. Zusätzl. Aufdrüge pro Vorortausgabe. Gesamtpreis d. Vorabendblattes 20 M.

Schriftleitung und Hauptredaktionelle:
Marktstraße 3840.
Druck u. Verlag von Oelsch & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks
Erlösung von Zins- und Gewinnantellscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Görlitzer-Allee 9, im Hause der Kaufmannschaft, Schloßthofring 7,
Wettinerstraße 68, Hauptmarkthalle, Eliasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren
Stahlfächern unter Verschluß des Mieters
und Mitverschluß der Bank.

Der englisch-amerikanische Gegensatz.

Die Frage der Schuldentilgung.

Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“
Washington, 18. Febr. Es wird hier behauptet, der britische Botschafter Geddes sei beimütert worden, um mit dem Schaham über die Tilgung der amerikanischen Schuld zu beraten. Geddes war der Auffassung, daß sich mit der Wilsonschen Regierung ein besseres Vereinbarungstreffen ließe, wie mit der kommenden Harding-Regierung. Bekanntlich in England der größte Schuldner der Vereinigten Staaten, und jene finanziellen Arrangements, die es mit Amerika schließen würde, würden für die übrigen Städte möglicherweise sein. Die Vereinigten Staaten haben den Alliierten bis jetzt die Summe von 9 455 401 528 Dollar vorgewiesen. Diese Summe wurde durch die Regierung zum größten Teil durch Verkauf von Bond unter der Bevölkerung Amerikas aufgebracht. Im Durchschnitt belaufen sich die hierfür zu zahlenden Zinsen auf 4,5 Prozent im Jahre. Die Alliierten haben verprochen, für die geborgte Summe 5 Prozent Zinsen zu zahlen. Da die Zinszahlung aber höchst in sehr langer Weise betrieben wurde, ist die Regierung gezwungen, der Bevölkerung eine Steuer aufzulegen, um das Geld für die Zinsen, die von den Alliierten nicht bezahlt worden sind, aufzutreiben. Dies ist ein Grund für die starke Abneigung des amerikanischen Volkes gegen die Wilsonsche Regierung und läßt ein energisches Vorsetzen der Hardingsregierung in Zukunft erwarten. Am gleichen Schritt damit hat die Opposition gegen England angenommen. Das amerikanische Volk will nicht das Opfer Englands Sieges werden. Der Sieger soll bezahlen.

London, 18. Febr. Der britische Schiffsanwalt Austin Chamberlain erklärte einer Deputation englischer Handelskreise, daß Großbritannien im nächsten Finanzjahr Anstrengungen machen müsse, um die Zinsen für die amerikanische Anleihe aufzutreiben.

London, 17. Febr. Western hat wieder eine längere Zusammenkunft aufgenommen, woran die neuen Kriegsminister teilnahmen. Das Kriegsministerium für ausländische Politik gegenüber Amerika. In dieser Gelegenheit sind fortwährend Ratschläge abgehalten worden, woraus sich das Interesse zeigt, das England an der amerikanischen Frage an den Tag legt.

Musscheiden der Amerikaner aus der Reparationskommission.

Paris, 18. Febr. (Havas). In Pariser amerikanischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß die Vereinigten Staaten ihrem Vertreter bei der Reparationskommission Londoner Weisung erhielt hätten, nicht mehr an deren Sitzungen teilzunehmen. Dieses Gerücht scheint sich zu bestätigen. Der Grund für diese Haltung soll der Wunsch der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten sein, der am 4. n. M. ihr Amt antretenden Regierung völlig freie Hand zu lassen bezüglich des Friedensvertrags von Versailles und seiner Durchführung. (W.T.B.)

Lord George als Christ und Geschäftsmann.

London, 18. Febr. Im Verlaufe der Ausfahrt hielt Lord George eine Rede, in der er ausführte: In Mitteleuropa steht der Handel. Die ganze Frage ist die Beschaffung von Krediten. Die englische Regierung habe einen Bond von 20 Millionen Pfund Sterling vorgesehen, um Kredite für den Handel mit Europa zu beschaffen. Die Regierung habe erklärt, sie wolle 80 Prozent des Risikos des Kaufpreises der Artikel übernehmen, und habe versucht, die Banken daran zu interessieren. Diese seien aber nur unter der Bedingung bereit, das Geld vorzuhalten, wenn die Regierung das ganze Risiko übernehme. Der Premierminister riefte einen Appell an die Banken, im Interesse des britischen Handels ihren Anteil am Risiko zu übernehmen. Sie seien die einzigen, die wirklich helfen könnten. Lord George fuhr fort, Berlin sei noch immer der Mittelpunkt für Deutschland. Er glaubte, die Deutschen würden die Blüte ihrer Industrie wieder herstellen. Anders verhalte es sich mit Österreich. Der Premierminister wandte sich hierauf gegen den unmäßigen Nationalismus einiger Länder, der in einer Form zum Ausdruck komme, die für den Handel zerstörend wirkt, indem er sich aggressiv verhalte. Dieser aggressive, unmäßige Nationalismus kommt auch auf andere Weise zum Ausdruck. Man habe ihn in England, in Frankreich und in Amerika. Es sei eine Art von Empfindung, daß alle großen Männer um sich herum bauen müssten, und daß man nie dem anderen den Becher reichen dürfe. Die Tschechoslowakei ist etwas dazu und auch Polen bis zu einem gewissen Grade. Lord George sagte:

„Liebe Deinen Nächsten! Das ist nicht nur gutes Recht des Christentums, sondern auch gutes Geschäft!“

Bei dieser Erklärung rief Kenworthy: Kommen Sie auf unsere Bänke herüber! Auf den Hinweis eines Arbeiters, daß die deutsche Mark auf weniger als 20 Penny stehe, erwiderte Lord George: Dann sollen die Deutschen sich besteuern. (W.T.B.)

Tagung der deutschen Sachverständigen.

Berlin, 18. Febr. Im armen Bundesstaat des Reichsministeriums des Auswärtigen trat heute die Sachverständigenkonferenz zur Beratung der Pariser Einigung und zur Ausschaltung der deutschen Gegenvorstellungen zusammen. Den Vorstoss führt Direktor Kraemer. Gerner nehmen teil: Reichsrat Dr. Tschirner, Dr. Dönsberg von der Krupp-Astingen-Gesellschaft, Reichsrat Dr. Dönsberg von den Gardeisenwerken in Lüdenscheid, Reichsrat Peter A. Müller, der führende Montanindustrielle, der Präsident des Reichswirtschaftsrates, Dr. Braun-Baldensius für die österreichischen Gewerkschaften, Silbermann für die freien Gewerkschaften, Generaldirektor Voegler von Deutsche-Urgesteine, Dr. Walther Marckau, der Präsident der A. C. W., der Gesellschafter der Diakoniegesellschaft Ulm, Dr. Karl Welsch vom Bankhaus May-Warden in Hamburg, Dr. v. Stein, Direktor der Deutschen Bank, Hugo Stinnes, Reichsbankpräsident Havemann, Generaldirektor des Aktiengesellschafts-Lüttich, der Generaldirektor der Haag-Guno und Geheimrat Hilgar von der Vorzärtheit. Ferner haben Rechte erlangt: Reichsminister des Auswärtigen, der Finanzen, des Wiederaufbaus und der Reichswirtschaft. Die Minister selbst nehmen an der Beratung heute nicht teil.

Der heutige Beratung ist gestern nachmittag eine vorbereitende Beratung des vorbereitenden Unterrichtsausschusses vorangegangen, in der das in den letzten Tagen von den beteiligten Vertretern vereinbart und von einer großen Reihe von Wirtschaftsvereinen eingeforderte Material getroffen wurde. Der Beratungsausschuss gliedert sich in drei Gruppen: 1. Prüfung der Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse; 2. Prüfung der Unterlagen für die politischen deutschen Gegenvorstellungen; 3. Ausschaltung von Gegenvorstellungen, die dem Reichsministerium am Nachmittag vorgelegt wurden. Es dürfte notwendig sein, eine Anzahl von Unterkommissionen einzurichten, um einzelne Fragen zu klären. Außerdem wird damit gerechnet, daß die Sachverständigenberatungen über die Miete des nächsten Jahres hinaus dauern. Es ist unbedingt Gewissheit im Ablauf des Gangs der Verhandlungen vereinbart, so daß schon heute Meldungen der fremden Presse über Einzelheiten ohne weiteres entweder als Erründungen oder als Verleumdungen bezeichnet werden müssen, durch Verbreitung falscher Nachrichten Dementis heranzuziehen, um auf diese Weise etwas über das Ergebnis der Beratungen zu erfahren.

Die „ausichtslose“ Konferenz.

Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“
Genf, 18. Febr. Der „Temps“ meldet: Die alliierten Kabinette haben eine Begründung ihrer Pariser Beschlüsse für die Londoner Konferenz fertig gestellt. In ihr heißt es, daß eine Abklärung der Pariser Beschlüsse durch die Deutschen ohne gleichzeitige Gegenvorstellungen die Londoner Konferenz ausichtslos erscheinen lasse, wobei die Rede Simons' in Stuttgart notiert wird.

47 deutsche Konferenzteilnehmer?

Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“
Rotterdam, 18. Febr. Die „Morning Post“ meldet, daß die Deutschen 47 Teilnehmer an der Londoner Konferenz angemeldet hätten, für die Wohnungen zu beiderseitigen Seiten. Nach den Diskussionen würden zuerst die alliierten Vorschläge und Beschlüsse auf der Tagesordnung stehen.

Die englische Arbeitserschaft über die Reparation.

London, 17. Febr. Der Parlamentausschuß des Gewerkschaftsvertrages und der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem gleichzeitig mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderte Entschädigung nicht bezahlt werden könne, auf eine nochmalige Erwähnung des Beitrages im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, Deutschland könne und wolle die tatsächlich angerichteten Verluste wieder gutmachen, die Reduzierung sei jedoch schwierig, durch Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar seien mit den vor Abschluß des Waffenstillstandes festgestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwähnung der Entschädigungsforderung, sondern auch eine Änderung des gesamten Verhaltens der Alliierten gegen Mitteleuropa und Rußland. (W.T.B.)

Englische Drohung mit wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen.

London, 18. Febr. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt, man erkenne in England wohl an, daß die Position des deutschen Außenministers sei, Dr. Simonis infolge der inneren Lage sehr schwierig, aber Deutschland dürfe nicht vergessen, daß Frankreich bestimmt darauf dringen werde, die Anwendungsmassnahmen einzuführen, wenn notig auch ohne die Unterstützung der Alliierten. Die Beleidigung des Außenministers dürfe allerding nach den Abmachungen nicht mehr von Frankreich allein unternommen werden. Es sei wahrscheinlich, daß die Verbündeten Industrieländer beitreten müssten, wenn man überdrängt zu einer Beleidigung dringen sollte, doch könnte in den Kreisen der Entente dann eine weltverbreitete Kriegswirtschaftliche Anwendungsmassnahmen den militärischen vorausziehen.

Eine militärische Konferenz in Paris.

Paris, 18. Febr. Neben die beim Ministerkabinett gestern stattgefundenen militärischen Konferenzen, an der außer dem Kriegsminister auch Marshall Foch, General Petain und General Mangin teilnahmen, tritt „Die Stadt Paris“ mit, das es sich darum genannt habe, die Stadt Paris an die militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und Polen zu legen. Man habe aber nicht nur von Polen geworden, Brian habe auch die Belange erneut erörtert, um sich mit den Bevölkerungen über die Maßnahmen zu unterhalten, die in Aussicht genommen seien, um Deutschland zu besiegen, welche Maßnahmen von Paris durchsetzt werden, wenn es die Abmachungen von Paris aufsetzt. Marshall Foch und die französischen militärischen Sachverständigen hätten die Souveränität von Polen nicht abgewichen, um in allen Einzelheiten den Verteilungskrieg zu unterstützen, sobald man zu Baumwollmäerkten greifen müsse. Bei dieser eventuellen Aktion wäre Frankreich bestrebt, durch seine Alliierten vollständig zu werden, was aber die Engländer nicht hindern werde, ihre Stelle in den vorangegangenen Sühnemaßnahmen auszufüllen. Es sei das Verdikt gegangen, daß man vorsehen habe, die französischen Bevölkerungen am Rhein fest in Bewegung zu setzen, vorläufig die Stellung 1919 unter den Deutschen zu befreien, und auch die Stellung 1918 wieder einzuerufen. Seine dienliche Maßnahmen seien bis jetzt ergriffen worden. Man habe aber an jeder Stelle vorzusehen, wenn die Engländer sie notwendig machen würden, um Deutschland zu besiegen, den Vertrag auszuführen. Der ganze Plan sei schlagend. Auch für den Fall, daß die Regierung von Washington die amerikanischen Truppen, die Koblenz besetzen, auszuführen würden, seien Verfügungen getroffen, um die französische Flotte auf die amerikanische Seite auszuholen.

Die Militärs an der Seine verfügen alles Mögliche, das deutsche Volk einzufrieden und die Berliner Regierung während zu machen. Sie werden diesmal keinen Erfolg haben.

Eine Sitzung des alliierten Kriegsrates.

Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“
Genf, 18. Febr. „Echo de Paris“ meldet, daß gleichzeitig mit der Londoner Konferenz mit den Deutschen eine Sitzung des alliierten Kriegsrates unter Hochwürde Wissig nach London berufen worden ist.

Deutschland unter Ententekontrolle?

Mailand, 18. Febr. „Corriere della Sera“ berichtet, daß die Zustimmung der Kabinette von London und Brüssel zu dem französischen Vorschlag, Deutschland zum Bezirk seiner Kriegsmünder unter 1. Juli ab unter Ententekontrolle zu stellen, in Paris einverstanden sei.

Hier ist von einem offiziellen französischen Vorschlag Deutschland unter Ententekontrolle zu stellen, bisher nichts bekannt geworden, wohl aber liegen inoffizielle Auskünfte aus dem Kunde führender Veröffentlichkeiten, z. B. Louvois u. a. vor. (Da.)

Die englische Auslieferungsliste.

Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“
London, 18. Febr. Im Unterhaus stellte am Donnerstag der Generalstaatsanwalt fest, daß die englische Regierung am 7. Mai v. A. der deutschen Regierung eine Liste von 46 sogenannten Kriegsverbrechern ausgetragen habe. Im Oktovber v. A. wurde das gesamte Belastungsmaterial dem deutschen Botschafter ausgetragen. Bis jetzt hat aber die englische Regierung keinerlei Mitteilungen erhalten, daß das Verfahren gegen die 46 Verdächtigen eröffnet worden sei. Auf eine Autone erklärte der Home-Sekretär, daß der Name von Hugo Stinnes auf der Liste der wegen Grausamkeit verfolgten Personen stehe.

Der Generalstaatsanwalt sagte weiter: Bisher habe die britische Regierung keinerlei Mitteilung darüber erhalten, daß irgend einer der von ihr ausgewählten Fälle vor Gericht gebracht worden sei. Es schebe jedoch in jedem Falle zurück zu den Tätern, wenn erklariert werde, daß ein solches Falle durch Übereinkommen oder auf andere Weise beigelegt worden sei. Es sei ungemein schade, die Sicht der britischen Regierung, daß Verfahren gegen diese Kriegsverbrecher zu erwarten.

Rundreisen durch die zerstörten Gebiete.

Berlin, 18. Febr. Der Chef des hier stationierten Bataillons Prudhomme, Delegierter der interalliierten Kommission in Landau, erklärte an herausragende Persönlichkeiten des Handels, der Industrie und des Bankwesens ein Kundentreffen, in dem es heißt: Um dem deutschen Volke zu entschädigen, ist von den Verlusten, die während des Krieges in Frankreich aufgetreten waren, an Ort und Stelle zu überzeugen, und um selbst zu verteilen, daß die vorliegenden Kriegsverluste für die Wiederaufstellung nicht übertrieben sind, hat der französische Kommissar in den Rheinlanden die Absicht, Rundreisen in den zerstörten Gebieten zu veranstalten. Der Transport wird unentgeltlich in Personenauto's geschoben und die französischen Behörden werden dafür sorgen, daß nichts Unangenehmes vorkommt.

Hoffentlich machen die französischen Führer die Reisenden auch darauf aufmerksam, welche Städte und Gebiete von englischen und französischen Geschützen unter Richtlinie der amerikanischen Munitionslieferanten zerstört wurden.